



Sitzungsperiode: 2024-2025
Datum: 17. März 2025

**BERICHT DER REGIERUNG AN DAS PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN
GEMEINSCHAFT ÜBER DIE UMSETZUNG DER AUFFORDERUNGEN UND
EMPFEHLUNGEN DES PARLAMENTES AN DIE REGIERUNG DURCH
BEGRÜNDETE ANTRÄGE, DURCH RESOLUTIONEN SOWIE DURCH
BESTEHENDE DEKRETALE BERICHTERSTATTUNGSAUFRÄGE**

*DEZEMBER 2024
JANUAR 2025*

ERGEBNISPROTOKOLL DER BESPRECHUNG IN DEN AUSSCHÜSSEN *

* Die nachfolgend veröffentlichte Anlage entspricht der vom Präsidium hinterlegten Originalfassung.

Rückmeldung der Ausschüsse zum Bericht der Regierung an das Parlament über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlaments an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge (2024-2025)

Hintergrund

Gemäß Artikel 91.1 der Geschäftsordnung übermittelt die Regierung dem Präsidenten zu Beginn einer jeden Sitzungsperiode einen Bericht zur Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen, die:

1. in den begründeten Anträgen aufgeführt sind, die gemäß Artikel 87 §3 von der Plenarversammlung verabschiedet wurden,
2. in den Beschlüssen aufgeführt sind, die gemäß Artikel 93 von der Plenarversammlung verabschiedet wurden,
3. im Jahresbericht der Ombudsperson aufgeführt sind, der gemäß Artikel 23 Absatz 5 des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amts einer Ombudsperson für die Deutschsprachige Gemeinschaft veröffentlicht wurde und
4. in dem vom Parlament veröffentlichten Dokument zu den Empfehlungen der Bürgerversammlungen aufgeführt sind.

Am 19. Dezember 2024 hinterlegte die Regierung den oben genannten Bericht, der im Dokument 41 (2024-2025) Nr. 1 abgedruckt wurde. Am 3. Februar 2025 wurde dazu ein Addendum veröffentlicht, das den Bericht in einigen Punkten vervollständigt.

In der Sitzung vom 27. Januar 2025 beschloss das Präsidium, den Bericht zur weiteren Besprechung an die Fachausschüsse weiterzuleiten. Die Ausschüsse wurden zudem aufgefordert, das Ergebnis ihrer diesbezüglichen Beratungen in Form eines Protokolls festzuhalten.

Dieses Protokoll ist in der **Anlage 1** abgedruckt.

ANLAGE 1

**ERGEBNISPROTOKOLL DER BESPRECHUNG IN DEN AUSSCHÜSSEN
ZUM
BERICHT DER REGIERUNG AN DAS PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN
GEMEINSCHAFT ÜBER DIE UMSETZUNG DER AUFFORDERUNGEN UND
EMPFEHLUNGEN DES PARLAMENTS AN DIE REGIERUNG DURCH BEGRÜNDETE
ANTRÄGE, DURCH RESOLUTIONEN SOWIE DURCH BESTEHENDE DEKRETALE
BERICHTERSTATTUNGSAUFRÄGE
DOKUMENT 41 (2024-2025) NRN. 1 UND 1-ADDENDUM**

I. KONTEXT

Am 19. Dezember 2024 hinterlegte die Regierung den oben genannten Bericht in Ausführung des Artikels 91.1 der Geschäftsordnung des Parlaments.¹

Im Zuge der am 19. Juni 2023 beschlossenen Abänderung des Beschlusses vom 30. Mai 2016 zur Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft reproduziert der neu eingeführte Artikel 91.1 die Bestimmungen der bisherigen Artikel 87 §4 (Berichterstattung über Aufträge an die Regierung in Ausführung von begründeten Anträgen) und 95 (Berichterstattung über die Ausführung von Resolutionen bzw. Stellungnahmen).

Zudem führt der Artikel 91.1 zwei zusätzliche, neue Berichterstattungspflichten ein. Diese betreffen die Aufforderungen und Empfehlungen, die im Jahresbericht der Ombudsperson aufgeführt sind, sowie die Umsetzung der von den Bürgerversammlungen formulierten Empfehlungen. Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei im Gegensatz zu den anderen Berichterstattungspflichten um Empfehlungen und nicht um explizite Aufträge an die Regierung handelt.

In der Einleitung zum Bericht erklärt die Regierung überdies, dass sie neben den aus der Geschäftsordnung entstandenen Berichtspflichten aus Gründen der Transparenz auch Berichterstattungsaufträge mit in die Aufstellung aufnimmt, die auf anderen Grundlagen fußen.

Der Bericht enthält somit eine Aufstellung über Aufträge an die Regierung in Ausführung von begründeten Anträgen, Resolutionen, dem Jahresbericht der Ombudsperson, den Empfehlungen der Bürgerversammlungen (Art. 91.1 GO), Dekreten, Parlamentsbeschlüssen und externen Verpflichtungen (vom Parlament gebilligte Abkommen).

Die Regierung muss den Bericht in Ausführung der Geschäftsordnung zu Beginn jeder Sitzungsperiode hinterlegen. Bei der Besprechung des Berichts zu Beginn der Sitzungsperiode

¹ Art. 91.1 – Berichtspflichten der Regierung

Zu Beginn einer jeden Sitzungsperiode übermittelt die Regierung dem Präsidenten einen Bericht zur Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen, die:

1. in den begründeten Anträgen aufgeführt sind, die gemäß Artikel 87 §3 von der Plenarversammlung verabschiedet wurden,
2. in den Beschlüssen aufgeführt sind, die gemäß Artikel 93 von der Plenarversammlung verabschiedet wurden,
3. im Jahresbericht der Ombudsperson aufgeführt sind, der gemäß Artikel 23 Absatz 5 des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amts einer Ombudsperson für die Deutschsprachige Gemeinschaft veröffentlicht wurde und
4. in dem vom Parlament veröffentlichten Dokument zu den Empfehlungen der Bürgerversammlungen aufgeführt sind.

Die in Absatz 1 Nummer 4 aufgeführte Berichtspflicht gilt erst, nachdem die öffentliche Sitzung des zuständigen Ausschusses stattgefunden hat, die in Artikel 59.5 §3 erwähnt wird.

Der in Absatz 1 erwähnte Bericht wird als Parlamentsdokument veröffentlicht und den Abgeordneten, beratenden Mandataren und Fraktionssekretariaten zur Verfügung gestellt.

2020-2021 im Ausschuss I wurde hierzu eine Übereinkunft zum Zeitraum der Weiterverfolgung und Berichterstattung getroffen – siehe den in Dokument 36 (2019-2020) Nr. 2 veröffentlichten Ausschussbericht.²

Das Präsidium vom 27. Januar 2025 verwies die weitere Besprechung des Dokuments an die jeweils fachlich betroffenen Ausschüsse. Die Besprechungen fanden am 17. Februar (Ausschuss I), 18. Februar (Ausschuss II), 6. Februar (Ausschuss III) sowie 19. Februar 2025 (Ausschuss IV) statt.

II. ERGEBNIS DER BESPRECHUNG IN DEN AUSSCHÜSSEN

1. Begründete Anträge

Kündigung von Betreuungspersonal aufgrund des Territorialitätsprinzips im Zuge der Schaffung des ZKB (Begründeter Antrag vom 29.01.2024) – Ausschuss IV
Keine Kommentare. Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Altenheime in der DG (Begründeter Antrag vom 20.06.2016) – Ausschuss IV
Keine Kommentare. Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

2. Resolutionen

Protokolle zur Ahndung von Straßenverkehrsdelikten auf dem deutschen Sprachgebiet (Resolution vom 06.05.2024) – Ausschuss I
Keine Kommentare.

Erklärung zur Revision der Verfassung (Resolution vom 25.03.2024) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Flächendeckendes Angebot qualitativer Bank- und Bpost-Dienstleistungen bezüglich der Bereitstellung von Geldautomaten (Resolution vom 26.02.2024) – Ausschuss I (wurde urspr. im Ausschuss II besprochen)
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Offenlegung von EU-Verträgen mit privaten Unternehmen (Resolution vom 26.02.2024) – Ausschuss I (wurde urspr. im Ausschuss IV besprochen)
Keine Kommentare.

Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie und Umgang mit vergleichbaren Pandemien in der Zukunft (Resolution vom 26.02.2024) – Ausschuss I (wurde urspr. im Ausschuss IV besprochen)
Keine Kommentare.

² Dokument 36 (2019-2020) Nr. 2, S. 4-5 (Punkt II.): „Im Rahmen der inhaltlichen Diskussion des Berichts wurde die grundsätzliche Frage aufgeworfen, mit welchem zeitlichen Horizont die Umsetzung der Aufträge des Parlaments durch die Regierung weiterverfolgt und dokumentiert werden müsse.“

Nach Diskussion kam man überein, dass gegen Ende eines jeden Kalenderjahrs ein Berichtsdokument von der Regierung zu erstellen sei.

Der Bericht solle sich auf alle Umsetzungsschritte beziehen, die die jeweilige Regierung seit Aufnahme ihrer Geschäfte gemacht habe, und zwar so lange, bis dass die Regierung den Auftrag als erledigt betrachte bzw. nicht weiter daran arbeite. Dies sei ebenfalls entsprechend zu dokumentieren.

Aufträge aus einer früheren Legislaturperiode sollten unter derselben Prämisse während der folgenden Legislaturperiode prinzipiell mitgetragen werden. Rechtlich gesehen könne allerdings nur die aktuell gewählte Regierung, an die eine Resolution adressiert werde, bezüglich der Umsetzung zur Verantwortung gezogen werden.“

Abänderung der Aktualisierung des UBO-Registers (Resolution vom 29.01.2024) – Ausschuss I (wurde urspr. im Ausschuss II besprochen)
Keine Kommentare.

Ausbau des Eupener Bahnhofs und Verlängerung der Verbindung Ostende-Eupen sowie der Verbindung Kortrijk-Welkenraedt (Resolution vom 16.10.2023) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Senkung der Energiekosten, Bekämpfung der Energiearmut und Stärkung der Kaufkraft für die belgischen Haushalte (Resolution vom 19.06.2023) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Steuerbegünstigungen bei Eigentumserwerb (Resolution vom 22.05.2023) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Steigerung der Attraktivität des Horeca-Sektors (Resolution vom 23.05.2022) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Sicherstellung qualitativ hochwertiger und lokaler Bankdienstleistungen (Resolution vom 23.05.2022) – Ausschuss I (wurde uspr. im Ausschuss II besprochen)
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Umgehungsstraße der Regionalstraße N62 (Resolution vom 25.04.2022) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine (Resolution vom 28.03.2022) – Ausschuss I
Keine Kommentare.

Minority Safe Pack (Resolution vom 28.03.2022) – Ausschuss I
Keine Kommentare.

COP 26-Klimakonferenz (Resolution vom 20.09.2021) – Ausschuss I
Keine Kommentare.

EU-Handelsverträge: Mercosur- und TTIP-Abkommen (Resolutionen vom 28.06.2021 und 23.11.2015) – Ausschuss I
Keine Kommentare.

Kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten (Resolution vom 28.06.2021) – Ausschuss IV
Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Stärkung der Lehrerschaft (Resolution vom 17.05.2021) – Ausschuss III

Forderung 1: Da keine grundlegenden Neuerungen zu erwarten sind, kann der Auftrag als abgeschlossen betrachtet werden.

Forderung 2: Da eine vollständige Deckung des Personalbedarfs immer das Ziel ist, ist das Thema abgeschlossen.

Forderung 3: Das Thema bleibt aktuell.

Forderung 4: Da eine Imagekampagne durchgeführt wurde und die zweieinhalbjährigen Kinder bereits seit September 2024 den Kindergarten besuchen dürfen, kann der Auftrag als abgeschlossen betrachtet werden.

Forderung 5: Es gibt eine trägergebundene Bewerberreserve, zudem unterstützt das Ministerium bei der trägerübergreifenden Personalsuche. Es handelt sich um einen laufenden Prozess, daher wird der Auftrag als abgeschlossen betrachtet.

Forderung 6: Ein Austausch wie gefordert ist bereits möglich. Der Auftrag wird als abgeschlossen betrachtet.

Forderung 7: Das Thema bleibt aktuell.

Forderung 8: Das Thema bleibt aktuell.

Forderung 9: Die Forderung steht in Verbindung mit Forderung 4, der Auftrag kann daher ebenfalls als abgeschlossen betrachtet werden.

Forderung 10: Die Forderung wird im Tagesgeschäft ausgeführt, der Auftrag gilt damit als abgeschlossen.

Forderung 11: Das Thema bleibt aktuell.

Forderung 12: Das Thema bleibt aktuell.

Forderung 13: Das Thema bleibt aktuell.

Forderung 14: Da keine grundlegenden Neuerungen zu erwarten sind, kann der Auftrag als abgeschlossen betrachtet werden.

Forderung 15: Das Thema bleibt aktuell.

Forderung 16: Der Auftrag kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Forderung 17: Der Auftrag kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Forderung 18: Das Thema bleibt aktuell.

Forderung 19: Es handelt sich um einen laufenden Prozess, der Auftrag wird damit als abgeschlossen betrachtet.

Forderung 20: Das Thema bleibt aktuell.

Atommüllendlagerung (Resolution vom 20.7.2020) – Ausschuss I

Keine Kommentare.

Klimaschutz: Klimaschutzdringlichkeitserklärung und Klimapolitik Belgiens (Resolutionen vom 20.07.2020 sowie vom 19.11.2018 im Rahmen des Interparlamentarischen Klimadialogs) – Ausschuss I

Keine Kommentare.

Aufwertung des Pflegepersonals (Resolution vom 17.04.2020) – Ausschuss IV

Keine Kommentare. Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Erhalt der Entbindungsstationen in der DG (Resolution vom 27.02.2020) – Ausschuss IV

Keine Kommentare. Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Vermeidung von Geoblocking (Resolution vom 17.02.2020) – Ausschuss I (wurde urspr. in AII besprochen)

Keine Kommentare.

Optimierung der Schülerbeförderung (Resolution vom 10.12.2019) – Ausschuss III

Die Forderungen 1 bis 3 werden als obsolet betrachtet, weil es in dieser Thematik keine weitere Entwicklung gegeben hat.

Forderung 4: Die Regelung der Schülerbeförderung in der Wallonischen Region wird derzeit überarbeitet; das Thema bleibt aktuell.

Forderung 5: Es handelt sich um eine dauerhafte Aufgabe, die im Rahmen der Berichterstattung der Regierung als abgeschlossen gilt.

Autonomieentwicklung (Resolution vom 06.05.2019) – Ausschuss I

Keine Kommentare.

Stellung der deutschen Sprache (Resolution vom 09.04.2019) – Ausschuss I

Keine Kommentare.

Garantierte Vertretung (Resolution vom 25.03.2019) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss weiter beschäftigen.

Inländische Gesundheitsversorgung (Resolution vom 25.03.2019) – Ausschuss IV

Keine Kommentare. Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Freiwillige Feuerwehr und Kadettenschule (Resolution vom 19.11.2018) – Ausschuss I
(wurde urspr. in AII/AIII besprochen)

Keine Kommentare.

Künftige Absicherung der Krankenhausstandorte in der DG (Resolution vom 20.11.2017)
– Ausschuss IV

Die Ministerin berichtet, dass neue Kontakte mit den nun zuständigen Ministern anstehen. Der Ausschuss wird im Anschluss über die aktuelle Sachlage unterrichtet. Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Förderung der Mehrsprachigkeit (Resolution vom 29.05.2017) – Ausschuss III

Da die Förderung der Mehrsprachigkeit immer wieder im Ausschuss thematisiert wird, werden die Forderungen im Rahmen der Resolution als abgeschlossen betrachtet.

IZOM-Abkommen (Resolution vom 24.04.2017) – Ausschuss IV

Keine Kommentare. Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Öffentlicher Personenverkehr in der DG (Resolution vom 07.11.2016) – Ausschuss I

Keine Kommentare.

Altersvorsorge und Seniorengenosenschaften (Resolution vom 21.03.2016) – Ausschuss IV

Auftrag wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Förderung der deutschen Sprache (Resolution vom 22.02.2016) – Ausschuss I und II

In Bezug auf die Forderungen zur Rechtsterminologie kann der Arbeitsauftrag als abgeschlossen betrachtet werden.

Straßeninfrastruktur (Resolution vom 23.11.2015) – Ausschuss I

Keine Kommentare.

3. Empfehlungen aus dem Jahresbericht der Ombudsperson

Im Rahmen von per Erlass geregelten verwaltungsrechtlichen Beschwerdeverfahren den Begriff „verwaltungsrechtliche Beschwerde“ verwenden (Jahresbericht 2024) – Ausschuss I

Keine Kommentare.

Einführung eines Rechts auf Fehler bei Kontakten mit der öffentlichen Verwaltung (Jahresbericht 2024) – Ausschuss I

Keine Kommentare.

Längere Fristen für verwaltungsrechtliche Beschwerden vorsehen (Jahresbericht 2024) – Ausschuss I

Keine Kommentare.

Im Falle einer Ablehnung einer Sozialwohnung, die die ÖWOB dem Mieter schon einmal angeboten hat, keine Streichung von der Liste vorsehen (Jahresbericht 2024) – Ausschuss IV

Keine Anmerkungen. Bleibt aktuell.

Wohn- und Mietbeihilfen: Auferlegen einer Verwaltungsstrafe für Vermieter, die einen Beamten an der Ausübung seines Amtes hindern (Jahresbericht 2023) – Ausschuss IV

Der Programmdekretvorschlag 2024 (I) sieht den Wegfall der Mietbeihilfen vor. Damit kann das Thema als abgeschlossen betrachtet werden.

Dekret Qualifikationsrahmen – Verabschieden von Ausführungserlassen (Jahresbericht 2021) – Ausschuss III

Die Umsetzung ist noch nicht erfolgt, daher bleibt das Thema aktuell.

Im Rahmen der Anträge zur Prüfungsbefreiung von technischen Fächern mehr auf die Kompetenzen als auf die Ausrichtung zu achten (Jahresbericht 2021) – Ausschuss III

Bis der neue Erlass verabschiedet wurde, bleibt das Thema aktuell.

Erteilung von Entscheidungsvollmachten an Bedienstete, die gleichzeitig das Gutachten zur Entscheidung erteilen (Jahresbericht 2021) – Ausschuss I

Keine Kommentare.

Definition des Begriffs „Einkommen“ für die Berechnung der Nutzungsgebühr einer Notaufnahmewohnung (Jahresbericht 2021) – Ausschuss IV

Die Thematik wurde schon im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Antwortfrist in Bezug auf den Antrag auf Einsicht in eine Jugendhilfe-Akte (Jahresbericht 2020) – Ausschuss IV

Die Thematik wurde schon im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Präzisieren des Begriffs „Studienprogramm“ im Erlass der Regierung vom 20. Juli 1994 (Jahresbericht 2017) – Ausschuss III

Es wird an einer Reform des schulexternen Prüfungsausschusses gearbeitet. Bis der neue Erlass verabschiedet wurde, bleibt das Thema aktuell.

4. Empfehlungen aus den Bürgerversammlungen

Allgemeine Bemerkung: Was die Berichterstattung der Regierung zu den Empfehlungen aus den Bürgerversammlungen betrifft, so wurde in den Ausschussberatungen angemerkt, dass die Regierung nur auf den Abschlussbericht des Bürgerdialogs verweist und nicht auf den jährlichen Fortlauf der Umsetzung eingeht. Darüber hinaus wurde angeregt, dass der Bürgerrat das Parlament über die weitere Umsetzung der Empfehlungen unterrichten soll.

„Digitale Teilhabe in Ostbelgien! Wie kann die Politik gewährleisten, dass alle Ostbelgier Zugang zur digitalen Welt haben und sich in ihr zurechtfinden?“ (19. November 2022) – Federführung Ausschuss I

Wurde nicht besprochen.

„Wohnraum für Alle!“ (19. Februar 2022) – Federführung Ausschuss IV

Wurde nicht besprochen.

„Inklusion macht Schule“ (15. Mai 2021) – Ausschüsse I, III, IV

Empfehlung 1: Die Empfehlung wird als abgeschlossen betrachtet, weil die Förderpädagogik ab dem 1. September 2025 definitiv Teil der Grundausbildung sein wird.

Empfehlung 2: Die Empfehlung wird als abgeschlossen betrachtet. Aufgrund mangelnder Ressourcen sind Praktika zwar noch nicht für jeden Studierenden im Förderbereich möglich, es wird aber weiter an diesem Ziel gearbeitet.

Empfehlung 3: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 4: Die Grundausbildung wird um den Bereich Förderpädagogik erweitert. Darüber hinaus möchte der Ausschuss keine inhaltlichen Vorgaben für Weiterbildungen machen. Daher wird das Thema als abgeschlossen betrachtet.

Empfehlung 5: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 6: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 7: Ist Teil der Bildungsvision 2040, daher bleibt das Thema aktuell.

Empfehlung 8: Wie viele Konzepttage zu welchen Themen organisiert werden, liegt in der Autonomie der Schulen. Das Thema wird daher als abgeschlossen betrachtet.

Empfehlung 9: Die Reform der Förderpädagogik läuft an, daher bleibt das Thema aktuell.

Empfehlung 10: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 11: Die Rahmenpläne sollen überarbeitet und neu orientiert werden. Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung 12: Die Gesetzgebung erlaubt jetzt bereits andere Wege der Leistungsbewertung, an vielen Schulen gibt es bereits entsprechende Entwicklungen. Daher wird das Thema als abgeschlossen betrachtet.

Empfehlung 13: Die Fusion von Förder- und Regelschulen auf einem Campus ist dekretal festgelegt, daher wird das Thema als abgeschlossen betrachtet.

Empfehlung 14: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 15: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 16: Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung 17: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 18: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 19: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 20: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 21: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 22: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 23: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 24: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 25: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 26: Wurde nicht besprochen.

Empfehlung 27: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 28: Wurde nicht besprochen.

Empfehlung 29: Wurde nicht besprochen.

Empfehlung 30: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung 31: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

„Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ (19. September 2020) – Ausschüsse I, III, IV

Empfehlung A1: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung A2: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung A3: Die Steigerung des Interesses junger Menschen an der Pflege ist eine laufende Aufgabe. Gleichzeitig hat die Deutschsprachige Gemeinschaft es aufgrund föderaler Vorgaben nicht in der Hand, neue, berufliche, Einstiegsmöglichkeiten in den Pflegeberuf zu schaffen. Daher wird das Thema als abgeschlossen betrachtet.

Empfehlung B1: Wurde nicht besprochen.

Empfehlung B2: Wurde nicht besprochen.

Empfehlung B3: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung B4: Wurde im Abschlussbericht als umgesetzt festgehalten.

Empfehlung B5: Wurde nicht besprochen.

Empfehlung C1: Wurde nicht besprochen.

Empfehlung C2: Wurde im Rahmen der Berichterstattung 2023 als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung C3: Wurde im Abschlussbericht als abgeschlossen festgehalten.

Empfehlung D1: Wurde nicht besprochen.

Empfehlung D2: Wurde nicht besprochen.

Empfehlung D3: Wurde nicht besprochen.

5. Dekrete Berichtspflichten

Bekämpfung des Dopings im Sport (Dekret vom 24. Januar 2022) – Ausschuss II

Der Berichterstattungspflicht wird jährlich nachgekommen. Der Tätigkeitsbericht 2024 wurde dem Parlament inzwischen auch bereits übermittelt. Keine Bemerkungen.

AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung (Dekret vom 28. Mai 2018) – Ausschuss III

Der Ausschuss nahm zur Kenntnis, dass der Berichterstattungspflicht jährlich nachgekommen wird.

Integration und das Zusammenleben in Vielfalt (Dekret vom 11. Dezember 2017) – Ausschuss IV

Keine Bemerkungen.

Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung (Dekret vom 19. März 2012) – Ausschuss IV

Keine Anmerkungen.

Jugendarbeit (Dekret vom 6. Dezember 2011) – Ausschuss II

Der Berichterstattungspflicht wird regelmäßig nachgekommen. Die Themenschwerpunkte des Jugendstrategieplans wurden bereits durch das Parlament gutgeheißen. Der zweite Jugendbericht wurde in der Plenarsitzung am 29. Januar 2024 in Form einer Regierungsmitteilung besprochen. Der dritte Jugendbericht soll 2025 erstellt werden. Es soll sich um einen reduzierten Jugendbericht handeln, der lediglich das Kataster an Indikatoren der beiden vorangegangen Jugendberichte aktualisiert und somit aktuelle Daten zum Erstellen des nächsten Jugendstrategieplans liefert, um die zeitliche Abfolge der beiden Projekte zu gewährleisten.

Zur Kenntnis genommen, keine Bemerkungen.

Dienstleistungsdekret (Dekret vom 15. März 2010) – Ausschuss I

Der Bericht wurde am 11. März 2024 im Ausschuss vorgestellt.

Haushaltsoordnung (Dekret vom 25. Mai 2009) – Ausschuss I

Keine Bemerkungen.

Nicht dringende Krankentransporte (Dekret vom 4. Juni 2007) – Ausschuss IV

Keine Anmerkungen.

Aufsicht lokale Behörden (Dekret vom 20. Dezember 2004) – Ausschuss I

Der Bericht 2023 wurde am 30. September 2024 im Ausschuss vorgestellt.

Ausgewogene Vertretung Männer und Frauen in beratenden Gremien (Dekret vom 3. Mai 2004) – Ausschuss I

Keine Bemerkungen.

Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Dekret vom 26. Juni 2000) – Ausschuss I

Keine Bemerkungen.

Schuldnerberatung und Entschuldung (Dekret vom 29. April 1996) – Ausschuss IV

Keine Anmerkungen.

6. Berichtspflichten ohne dekretale Aufträge aber auf Parlamentsbeschluss

Grundsatzklärung Außenbeziehungen (19. November 2012) – Ausschuss I

Seit Herbst 2022 wird der Jahresbericht in der Allgemeinen Rechtfertigungserklärung der Haushaltsdekrete veröffentlicht.

7. Berichterstattungen durch externe Verpflichtungen

Förderung der allgemeinen Zusammenarbeit zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft (Kooperationsabkommen vom 14. Februar 2001, gebilligt durch das PDG am 18.02.2002) – Ausschuss I

Keine Bemerkungen.

Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Kooperationsabkommen vom 26. November 1998, gebilligt durch das PDG am 10.05.1999) – Ausschuss I

Keine Bemerkungen.

Kontinuität der Politik im Bereich der Armut (Kooperationsabkommen vom 5. Mai 1998, gebilligt durch das PDG am 30.11.1998) – Ausschuss IV

Der Zweijahresbericht 2022-2023 wurde am 19. Februar 2025 im Ausschuss IV vorgestellt.

Zusammenarbeitsabkommen vom 12. April 1995 zwischen der Französischsprachigen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zugestimmt durch das PDG am 02.07.1998 – Ausschuss I

Der Bericht wurde am 11. März 2024 im Ausschuss I vorgestellt.

Zusammenarbeitsabkommen vom 26. November 1998 zwischen der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zugestimmt durch das PDG am 26.02.2007 – Ausschuss I

Keine Bemerkungen.

ANHANG**ÜBERSICHT DER REAKTIONEN AUS ANDERER QUELLE AUF RESOLUTIONEN****EU-Verträge mit privaten Unternehmen** (Resolution vom 26.02.2024):

Schreiben des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Maros Sefcovic und des Europäischen Kommissars für Europäische Nachbarschaftspolitik Johannes Hahn. Empfangsbestätigung und Erläuterung der aktuell gültigen Haushaltsordnung der Europäischen Union.

Aufarbeitung Maßnahmen Coronapandemie (Resolution vom 26.02.2024):

Schreiben der Europäischen Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Stella Kyriakides. Empfangsbestätigung und Übersicht über die bereits in Umsetzung befindlichen Maßnahmen zur Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie.

Steuerbegünstigungen bei Eigentumserwerb (Resolution vom 22.05.2023):

Schreiben des Präsidenten des Wallonischen Parlaments vom 07.06.2023: Empfangsbestätigung und Weiterleitung an den Ausschuss für Haushalt und Sportinfrastruktur

Bankdienstleistungen (Resolution vom 23.05.2022)

Protokoll des Konzertierungsausschusses vom 01.06.2022 (Notifizierungen): Notifizierung Nr. 10: Zurkenntnisnahme der Resolutionen des Wallonischen Parlaments und des PDG.

Minority SafePack (Resolution vom 28.03.2022)

Schreiben des Kabinetts der Präsidentin der EU-Kommission vom 02.06.2022: Dank für die Stellungnahme und Weiterleitung zur Beantwortung an die zuständigen Mitglieder der EU-Kommission.

Mercosur (Resolution vom 28.06.2021)

Schreiben des Vizepräsidenten der EU-Kommission (V. Dombrovskis) vom 9. September 2021: nimmt Bedenken zur Kenntnis.

Geoblocking (Resolution vom 17.02.2020)

Schreiben des EU-Kommissars für Binnenmarkt und Dienstleistungen (T. Breton) vom 8. Mai 2020: Hinweis auf die von der Kommission durchgeföhrten und angestrebten Analysen und Berichte.

Schreiben des Präsidenten des Europäischen Parlaments (D. Sassoli) vom 13. Mai 2020: nimmt Bedenken zur Kenntnis.

Förderung deutsche Sprache (Resolution vom 22.02.2016)

Schreiben der Senatspräsidentin vom 14. März 2016: Resolution wird Senatoren zur Kenntnis gebracht.

Schreiben des wallonischen Ministerpräsidenten vom 16. März 2016: Kanzlei und Übersetzungsdiensst der Wallonischen Region konsultieren auch jetzt schon für ihre Übersetzungen die Datenbank des DG-Terminologieausschusses; auch die anderen ÖDW werden nunmehr

hierfür sensibilisiert – allerdings sollte die Startseite der Datenbank auch in Französisch verfasst werden, sodass auch französischsprachige Beamte sich darin zurechtfinden.

Anmerkung der Parlamentsverwaltung: In Senat und Kammer wurden (Sonder-)Gesetzesvorschläge angenommen, die (teilweise) die Forderungen der Resolution erfüllen – siehe Doc. Sen. 7-292 und Doc. Kammer 55-2323.

Straßeninfrastruktur (Resolution vom 23.11.2015)

Schreiben des zuständigen wallonischen Ministers (M. Prévot) vom 2. Mai 2016: bietet Anhörung mit Verantwortlichen an – diese fand am 27. Juni 2016 statt, siehe Dokument 46 (2015-2016) Nr. 4.